



## Michael Groß MdB informiert

Schwarz-gelbe Beschlüsse zu Steuern, Pflege und Betreuungsgeld

# Kuhhandel statt verantwortlicher Politik

Die Maßnahmen, die die schwarz-gelbe Koalition zu Steuern, Pflegeversicherung und Betreuungsgeld beschlossen hat, sind ein politischer Kuhhandel. Sie dienen allein dazu, der dahinsiechenden FDP neues Leben einzuhauchen, das rückwärtsgewandte Familienbild der CSU zu retten und der planlosen Bundeskanzlerin das Gesicht zu wahren. Die Bundesregierung traut sich nur kleinste Schritte zu und die gehen meist noch in die falsche Richtung.

### Beispiel Steuern

Es bleibt wie immer bei Schwarz-Gelb: Geringverdiener profitieren kaum, Gutverdiener bekommen die dicksten Stücke vom Kuchen. Während ein Single mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 9.000 Euro pro Jahr 2013 ganze 17 Euro weniger Steuern zahlt (und 2014 nochmals 37 Euro weniger, zusammen 54 Euro), kommt ein Gutverdiener mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 54.000 Euro auf einen Steuernachlass von 363 Euro (115 Euro in 2013 und 248 Euro in 2014). Spitzenverdiener werden sowieso geschont: Der Spitzensteuersatz bleibt bei 45 Prozent für Ledige bei einem Einkommen ab 250.731 Euro (Verheiratete 501.462 Euro). Insgesamt summieren sich die Kosten der schwarz-gelben Steuerreform allerdings auf sechs Milliarden Euro. Geld, das in dieser schwierigen Situation besser für die Schuldentilgung oder für Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur oder Bildung ausgegeben würde.

- Die SPD will Reiche mit einer höheren Spitzensteuer und einer Vermögensabgabe stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen.

### Beispiel Pflegeversicherung

Bei der Pflegeversicherung plant die Bundesregierung die Einführung einer privaten Zusatzversicherung. Dieser „Pflege-Bahr“ ist allerdings nur eine weitere sprudelnde Finanzquelle für die privaten Versicherungen. Vor allem Geringverdienende, die sich eine private Versicherung nicht oder nur in geringem Umfang leisten können, werden im Regen stehen bleiben, wenn sie pflegebedürftig werden.

- Die SPD steht für eine solidarische Finanzierung der Pflege, die auch besonders schwer Betroffenen, wie z.B. Demenzkranken, ein Leben in Würde ermöglicht.

### Beispiel Betreuungsgeld

Das von der CSU ertrotzte Betreuungsgeld in Höhe von 150 Euro monatlich pro Kind richtet mehr Schaden als Nutzen an. Es verhindert, dass Kinder früh in Kitas gefördert werden, erschwert die Integration von Kindern aus Einwandererfamilien und behindert die frühe Rückkehr von Frauen in den Beruf. Mit dem Betreuungsgeld werden Milliarden von Steuergeldern verschwendet, die dringend notwendig für den Ausbau von Kitas und der Ganztagsbetreuung sind.

- Die SPD steht für gute und kostenfreie Betreuungsangebote von früh auf. Nur so erhalten Kinder aus benachteiligten Familien auch eine Chance auf Bildung und Arbeit.

## Deutschland braucht eine bessere Politik. SPD

Wahlkreisbüro Michael Groß MdB

Bergstraße 107 • 45770 Marl

Tel.: 02365 32444 • Fax: 02365 933 584

E-Mail: michael.gross@wk.bundestag.de • Internet:www.michael-gross-online.de